

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

mit unserem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ haben wir uns bei der Jahresauftaktklausur im Januar vorgenommen, ein Politikkonzept zu entwickeln, das den Weg unseres Landes bis zum Ende des Jahrzehnts beschreibt. Mit der Einrichtung von sieben Projekten haben wir in dieser Woche einen entscheidenden Schritt zur Umsetzung unseres ambitionierten Arbeitsprogramms gemacht. In den kommenden Monaten werden wir zentrale Modernisierungsfragen bearbeiten und im intensiven Austausch mit wichtigen Gruppen in der Gesellschaft neue Antworten auf drängende Zukunftsaufgaben entwickeln. Unser Fraktionsvorsitzender Frank-Walter Steinmeier hat es auf den Punkt gebracht: „Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten.“

Dass die SPD-Bundestagsfraktion solide und tragfähige Politikkonzepte entwickelt, haben wir diese Woche in der Energiepolitik einmal mehr unter Beweis gestellt. Mit unserem umfassenden und detaillierten Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung zeigen wir, wie die Ziele der CO₂-Reduzierung und der Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Versorgung zu erreichen sind. Wir brauchen einen beschleunigten Ausstieg aus der atomaren Risikotechnologie. Und wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens über eine wirtschaftlich innovative und sozial gerechte Energiewende. Die Beratungen darüber sind ureigene Aufgabe des Parlaments. Die permanente Umgehung des Bundestages durch Schwarz-Gelb muss ein Ende haben. Deshalb fordern wir die Einsetzung eines Sonder-Ausschusses Atomausstieg und Energiewende durch den Deutschen Bundestag.

In die bevorstehende Osterpause fällt der Tag der Arbeit am 1. Mai. Wir haben diese Woche noch einmal unsere Forderung nach einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn bekräftigt – und deutlich gemacht, dass Lohn- und Sozialdumping nicht hingenommen werden dürfen.

Ich wünsche Euch eine erholsame sitzungsfreie Zeit und ein schönes Osterfest.

Eure Petra Ernstberger

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| 02 Topthema: Zukunftsentwurf – SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte | 08 Marshallplan für den Mittelmeerraum |
| 04 Für einen breiten Konsens in der Energiepolitik | 09 Nationaler Aktionsplan für Frieden und Sicherheit |
| 05 SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn | 10 Girls' Day – Mehr Frauen in die Politik |
| 06 Bundestag berät Präimplantationsdiagnostik | 10 Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft |
| 07 Potenziale des Alters stärken | 11 Mehr Transparenz bei Nebeneinkommen von Abgeordneten |
| 07 Schutz vor Verkehrslärm | 12 Einführung eines Ordnungsgeldes |

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

TELEFON (030) 227-510 99 E-MAIL REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUS: 15.04.2011, 12.00 UHR

TOPTHEMA

Zukunftsentwurf für Deutschland: SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrere Projekte beschlossen, um im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu erarbeiten. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte, die Fraktion werde „im offenen Dialog mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten fundierte Politik“ entwickeln – und die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten.

Die schwarz-gelbe Koalition und Kanzlerin Merkel können den Glaubwürdigkeits-, Vertrauens- und Autoritätsverlust der amtierenden Regierung nicht stoppen. Die Mehrheit der Menschen wünscht sich politische Vernunft und Verlässlichkeit. „Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung. Wir müssen uns auf neue Regierungsverantwortung vorbereiten,“ beschreibt SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion. „Wir müssen jetzt mit aller Leidenschaft für die Sache bessere Antworten auf die herausragenden Probleme geben. Besser heißt: stetig im Kurs, nah an der Realität, tauglich für die Praxis und gerade deshalb vertrauenswürdig.“

Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“

Mit dem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei ihrer Klausursitzung Anfang des Jahres vorgenommen, ein Politikkonzept für die Zukunft unseres Landes zu entwerfen: Deutschland darf unter völlig veränderten demografischen Bedingungen nicht auseinander fallen und Transfergesellschaft werden. Es gilt, die Spaltung zu verhindern und die Mitte zu stärken. Deutschland soll eine Arbeitsgesellschaft von neuer Qualität werden. Erstmals seit Jahrzehnten besteht die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen. Das ist das Ziel: Arbeitslosigkeit nicht nur zu bekämpfen, sondern zu besiegen.

Das Projekt Zukunft gestalten

Mit der Einrichtung von sieben Projekten hat die SPD-Bundestagsfraktion nun einen entscheidenden Schritt zur Umsetzung ihres ambitionierten Arbeitsprogramms gemacht. Die Projektgruppen werden in den kommenden Monaten zentrale Modernisierungsfragen bearbeiten und im intensiven Austausch mit wichtigen Gruppen in der Gesellschaft neue Antworten auf drängende Zukunftsaufgaben entwickeln. Ziel sei es, „Ideen für ein Land zu bündeln, in dem wir nachhaltig wirtschaften, anders arbeiten und besser leben“, so SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Gemeinsam mit Engagierten und Interessierten in der Gesellschaft wolle die SPD-Fraktion „das Projekt Zukunft“ gestalten.

Projekt „Infrastrukturkonsens“

Sören Bartol erarbeitet gemeinsam mit den Sprechern für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wirtschaft und Technologie sowie Umwelt, Uwe Beckmeyer, Garrelt Duin und Matthias Miersch, ein Investitions- und Infrastrukturkonzept zur Modernisierung der Netze bei Verkehr, Energie, Kommunikation und Gebäudebestand.

Projekt „Neue Ordnung für Arbeit / Infrastrukturkonsens“

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Anette Kramme, der kultur- und medienpolitische Sprecher Siegmund Ehrmann und der Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe zur Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, Lars Klingbeil, leiten das Projekt „Ordnung für Arbeit“, zu dem auch das Teilprojekt „Kreativpakt“ gehört. Ziel ist es, ein SPD-Konzept für eine neue Ordnung

für Arbeit zu entwickeln und die Potenziale der Kultur- und Kreativwirtschaft für Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

Projekt „Steuer- und Finanzierungskonzept“

Unter Leitung des haushaltspolitischen Sprechers Carsten Schneider und der finanzpolitischen Sprecherin Nicolette Kressl erarbeitet die Projektgruppe ein Steuer- und Finanzierungskonzept. Sie lässt sich dabei von der Frage leiten, wie ein neuer Lastenausgleich gestaltet werden muss, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren, staatliche Handlungsfähigkeit zu bewahren, Zukunftsaufgaben zu finanzieren sowie untere und mittlere Einkommen zu entlasten.

Projekt „Ganztagsschule“

Unter Leitung des bildungspolitischen Sprechers Ernst-Dieter Rossmann sollen ein Plan zum quantitativen Ausbau der Ganztagsschulen sowie ein qualitatives Konzept für die „Ganztagsschule als sozialer Ort“ erarbeitet werden. Ziel ist es, bis 2020 jedem Kind einen Platz in einer guten Ganztagsschule anzubieten. In diesem Zusammenhang soll auch die Frage beantwortet werden, wodurch sich die gute Ganztagsschule der Zukunft auszeichnet und wie sich Schule zu einem gesellschaftlichen Ort weiter entwickeln lässt.

Projekt „Integration“

Im Januar hat die SPD-Fraktion den Entwurf eines Integrationskonzepts beschlossen. Die Integrationsbeauftragte der Fraktion, Aydan Özogus, wird den Entwurf mit gesellschaftlichen Gruppen diskutieren und im engen Dialog mit „Stakeholdern“ weiter entwickeln.

Projekt „Gleichstellung“

Die gleichstellungspolitische Sprecherin Christel Humme und die familienpolitische Sprecherin Caren Marks leiten das Projekt zur Gleichstellungspolitik. Ziel ist es, die bereits erarbeiteten Konzepte zur Lohngleichheit von Frauen und Männern im Beruf sowie zur Quotierung von Führungspositionen im Gespräch mit Frauen, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und anderen Gruppen zu konkretisieren und weiterzuentwickeln. Darüber hinaus widmet sich das Projekt der Fragestellung, welche weiteren Maßnahmen und Instrumente erforderlich sind, um Gleichstellung und mehr Partnerschaftlichkeit zu erreichen.

Projekt „Generationenpolitik“

Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Franz Müntefering entwerfen ein politikfeldübergreifendes Konzept für eine sozialdemokratische Lebenslauf- und Generationenpolitik, die über das SPD-Konzept einer Bürgerversicherung für Pflege und Gesundheit hinausgeht. Ziel ist es, die junge Generation besser zu unterstützen, die mittleren Jahrgänge bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben im Alltag zu entlasten und die Teilhabe Älterer am gesellschaftlichen Leben zu fördern.

„Blick über den Gartenzaun“

Jedes dieser Projekte ist eine Querschnittsaufgabe, die mehr als einen Arbeitsbereich umfasst. „Genau dieser Blick über den Gartenzaun und dieses Zusammenführen von Kompetenzen muss unsere Methode sein,“ schrieb der Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier in einem Brief an die Mitglieder der SPD-Fraktion.

„Wir werden die Menschen überzeugen – mit einem ansprechenden, weil visionären, mit einem glaubwürdigen, weil realistischen, mit einem zukunftsfähigen, weil nachhaltigen, mit einem richtungsweisenden, weil wertorientierten Regierungsprogramm.“

ENERGIE

Für einen breiten Konsens in der Energiepolitik

Die SPD-Fraktion hat ein umfassendes Programm für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung vorgelegt – und fordert für die Beratungen über einen beschleunigten Atomausstieg und die Zukunft der Energiepolitik einen Sonderausschuss des Bundestages. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisierte die permanente Umgehung des Parlaments durch Schwarz-Gelb. Union und FDP fehle die Glaubwürdigkeit, eine tragfähige Energiewende einzuleiten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende bezeichnete es in der Debatte am Freitag als „Dreistigkeit“ der schwarz-gelben Regierung, erst den bestehenden Konsens in der Atompolitik „in die Tonne zu treten“ und ein halbes Jahr später angesichts der Ereignisse in Japan eine Ethikkommission zu gründen. „Die ethischen Fragen waren in diesem Land beantwortet. Sie haben die Fragen wieder offen gestellt. Und Sie wollten nicht lernen und Sie wollten nicht hören,“ so Steinmeier. Nicht Fukushima, sondern Tschernobyl sei der „Lernort für Politik“ gewesen, der schon vor 25 Jahren gezeigt habe, dass die Kernenergie eine Hochrisikotechnologie ist.

Mit Blick auf die von Kanzlerin Merkel eingesetzte Ethikkommission sagte Steinmeier, das Parlament sei „der ungeliebte Ort der Kanzlerin“. Ob bei der Euro-Rettung, bei der Aussetzung der Wehrpflicht oder beim Moratorium zu den Laufzeiten der Atomkraftwerke – alles sei von der Regierung am Parlament vorbei beschlossen worden. „Damit muss Schluss sein. Der einzige Ort, wo verbindlich über die energiepolitische Zukunft entschieden wird, ist der Deutschen Bundestag.“

Sonderausschuss Atomausstieg und Energiewende

Die SPD-Fraktion fordert deshalb in einem Antrag die Einsetzung eines Sonderausschusses „Atomausstieg und Energiewende“. Der Sonderausschuss soll zum einen die notwendigen Änderungen des Atomgesetzes vorbereiten, um rechtzeitig zum Ende des schwarz-gelben „Moratoriums“ zu gewährleisten, dass die Abschaltung der unsichersten Atomkraftwerke eine stabile gesetzliche Grundlage hat. Außerdem soll der Ausschuss einen Vorschlag zur Anpassung der Sicherheitsforderungen für Atomkraftwerke formulieren. Zum anderen soll der Sonderausschuss einen Weg aufzeigen, um noch in diesem Jahrzehnt aus der Atomkraft auszusteigen und so schnell wie möglich eine vollständige Energieversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren Energien zu erreichen.

SPD-Fraktionschef Steinmeier kritisierte, dass die Regierungsfaktionen den Vorschlag der SPD bereits abgelehnt haben. „Nach unserer Auffassung ist die Einrichtung eines solchen Ausschusses nicht erforderlich,“ heißt es in einem Antwortschreiben der Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP auf einen Brief Steinmeiers. „Ist das Angst oder Ignoranz?“ fragte der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag. „Kaum eine Frage ist für die Zukunft so entscheidend wie die Zukunft der Energiepolitik. Wenn Sie das ernst meinen, darf nicht umstritten sein, dass diese Zukunftsfrage intensivster Diskussion durch das Parlament bedarf.“

SPD-Konzept für nachhaltige Energiewende

Steinmeier kritisierte das „Komplettchaos“, das Schwarz-Gelb mit der „doppelten Kehrtwende in der Energiepolitik“ auch bei der deutschen Energiewirtschaft angerichtet hat. „Wer uns da hineingeführt hat, der kann für sich nicht beanspruchen, den Weg aus diesem Chaos heraus zu kennen. Die Glaubwürdigkeit haben Sie nicht.“

Bei der Frage der zukünftigen Energieversorgung gehe es um Fragen der Lebensqualität, der Umwelt, der Wirtschaft und der Arbeitsplätze. „Das können wir Ihnen nicht alleine überlassen“, sagte Steinmeier. Deshalb habe die SPD einen Vorschlag auf den Tisch gelegt, „wie wir aus der Sackgasse herauskommen.“

In ihrem Konzept für eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung zeigt die SPD, wie auf der Grundlage eines schnellen Atomausstiegs und unter Einhaltung der Klimaschutzziele eine tragfähige Energiewende in Deutschland gelingen kann. Das Konzept weist den Weg zu einer Energiewende, bei der die Energieversorgung von fossilen und nuklearen Brennstoffen hin zu einer Energieversorgung auf Basis von Erneuerbaren Energien umgestellt wird. Im Mittelpunkt stehen die Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Bis zum Jahr 2050 soll eine CO₂-freie Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien erreicht werden.

Chance für einen überparteilichen Konsens nutzen

Deutschland braucht einen breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens in der Energiepolitik. Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion Rolf Hempelmann sagte: „Die Menschen wollen beschleunigt heraus aus der Kernenergie und beschleunigt hinein in ein Zeitalter der erneuerbaren Energien.“ Jetzt gehe es um einen Konsens, wie dieser Weg konkret gestaltet werden soll. Über die damit verbundenen Fragen – der Versorgungssicherheit, der Bezahlbarkeit für die privaten Verbraucher und die Industrie, der Klimaverträglichkeit – müsse jetzt im Bundestag qualifiziert geredet werden. „Wir haben eine große Chance – und diese Chance sollten wir nicht ungenutzt liegen lassen.“

ARBEIT

SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn

Im Vorfeld der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit zum 1. Mai hat die SPD-Fraktion ihre Forderung nach einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland bekräftigt. Der von der SPD eingebrachte Entwurf eines Mindestlohngesetzes (17/4665) sieht die Einführung eines allgemeinen, flächendeckenden Mindestlohns vor, der bei Vollzeitbeschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen gewährleistet. Die absolute Untergrenze soll bei 8,50 Euro pro Stunde liegen. Darüber hinaus wird ein Mechanismus vorgeschlagen, der es erlaubt, die Höhe des Mindestlohns jährlich nach oben anzupassen. Union und FDP haben den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion am Donnerstag mit ihrer Mehrheit abgelehnt.

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in der EU machen die soziale Flankierung des Binnenmarktes noch wichtiger. In der Debatte zur 2./3. Lesung des Gesetzentwurfs forderte die SPD-Fraktion daher neben dem Mindestlohn weitere Maßnahmen, um Lohn- und Sozialdumping wirksam zu verhindern. Dazu gehören die Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit, wirksame Sanktionsregeln zur Durchsetzung und Kontrolle des von der SPD durchgesetzten Mindestlohns in der Leiharbeit, eine angemessene Ausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sowie eine umfassende Information und Beratung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den osteuropäischen Ländern.

GESUNDHEIT

Bundestag berät über Präimplantationsdiagnostik

Drei Stunden lang debattierte der Bundestag am Donnerstag über die gesetzliche Regelung der Präimplantationsdiagnostik (PID). In der von großem Ernst geprägten Debatte tauschten Befürworter wie Gegner einer begrenzten Zulassung von Gentests an künstlich erzeugten Embryonen ihre ethischen und moralischen Argumente aus. Drei Gruppen von Abgeordneten haben jeweils fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe eingebracht. Die Forderungen reichen von einer begrenzten Zulassung bis zum vollständigen Verbot.

Als Präimplantationsdiagnostik (PID) werden genetische Tests an Embryonen bezeichnet, die durch künstliche Befruchtung entstanden sind und zum Beispiel auf Erbkrankheiten untersucht werden, bevor sie in die Gebärmutter eingepflanzt werden.

Nach bisheriger Rechtsauffassung war die Präimplantationsdiagnostik durch das Embryonenschutzgesetz verboten. Mitte 2010 hatte der Bundesgerichtshof allerdings ein Grundsatzurteil gefällt und einen Arzt freigesprochen, der genetische Untersuchungen an Embryonen durchgeführt und nur solche Embryonen in die Gebärmutter eingepflanzt hatte, die keinen Gendefekt aufwiesen. Mit seinem Urteil entschied der Bundesgerichtshof, dass die PID entgegen der bisherigen Rechtsauslegung rechtlich zulässig sein kann. Somit obliegt es dem Gesetzgeber zu entscheiden, ob für die PID ein neuer rechtlicher Rahmen geschaffen werden sollte.

Es liegen drei Gesetzesvorschläge vor, die als Gruppenentwürfe eingebracht wurden:

- Ein Vorschlag (17/5450) sieht ein Verbot der PID vor. Einschränkungen oder Ausnahmeregelungen werden als faktisch unmöglich eingeschätzt und bürgen zudem die Gefahr der Ausweitung. Als Grundproblem wird aus Sicht der Antragsteller die Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben betrachtet, die das Grundrecht der Menschenwürde einschränke und Menschen mit Behinderungen diskriminiere. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung betrifft das Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (GenDG), das auf PID erweitert und spezifiziert würde.
- Ein weiterer Vorschlag (17/5451) lässt die PID in Ausnahmefällen zu, in denen ein oder beide Elternteile die Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder mit einer Tot- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Grundvoraussetzung ist die sorgfältige Diagnostik bei beiden Partnern nach strengen Kriterien sowie die Vornahme des Eingriffs in lizenzierten Zentren. Vorherige Aufklärung und Beratung sowie das positive Votum einer interdisziplinär zusammengesetzten Ethik-Kommission sind dabei verpflichtend. Das Kernargument der Antragsteller ist der Schutz von Frauen und Paaren vor schweren körperlichen und seelischen Belastungen im Hinblick auf die Schwangerschaft sowie die Vermeidung von Spätabbrüchen. Zudem sollen an die PID die gleichen Maßstäbe angelegt werden, wie an die Pränataldiagnostik. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.
- Ein dritter Vorschlag (17/5452) spricht sich für ein Verbot mit engen Ausnahmen aus. Das grundsätzliche Verbot findet keine Anwendung, wenn bei mindestens einem Elternteil eine humangenetisch diagnostizierte Disposition vorliegt, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu Fehl- oder Totgeburten oder zum Tod des Kindes im ersten Lebensjahr führt. Im Fokus steht demnach kein bestimmtes Krankheitsbild, sondern die (Über)Lebensfähigkeit des Embryos. Eine Ausweitung auf andere schwere Erbkrankheiten wird abgelehnt, da eine solche Eingrenzung als unmöglich erscheint. Im genannten Ausnahmefall werden Verfahrensregeln wie etwa die Beschränkung auf ein lizenziertes Zentrum, Beratungs-, Dokumentationspflicht, Einzelfallentscheidung einer Ethik-Kommission und Berichtspflicht der Bundesregierung angewandt. Die Gesetzesänderung betrifft das Embryonenschutzgesetz.

SENIOREN

Potenziale des Alters stärken

Ältere Menschen verfügen über Kompetenzen und Potenziale, die für unsere Gesellschaft einen unschätzbaren Wert darstellen. In einem Antrag (17/2145) spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafür aus, lebenslanges Lernen und bürgerschaftliches Engagement von älteren Menschen besser zu unterstützen. Ziel ist es, die Chancen von Älteren auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu stärken.

2050 wird jeder Dritte in Deutschland älter als 60 Jahre sein. Dieser Prozess muss gemeinsam mit den älteren Menschen gestaltet werden. Die Erfahrungen und Fähigkeiten der Älteren tragen erheblich zur Stärkung der Demokratie, zur Solidarität zwischen den Generationen, zur gesellschaftlichen Innovation und zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts bei. Die demographische Entwicklung muss deshalb als Chance begriffen werden, die Potenziale Älterer sowohl für den Zusammenhalt der Gesellschaft als auch zur Steigerung der Lebensqualität von älteren Menschen zu nutzen. Wichtige Aspekte sind das bürgerschaftliche Engagement Älterer, eine wirksame Antidiskriminierungspolitik sowie die Bildung im Lebensverlauf und im höheren Erwachsenenalter.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung dazu auf, die generationsübergreifenden Freiwilligendienste sowie die Infrastruktur für das Engagement Älterer weiter auszubauen. Altersgrenzen beim bürgerschaftlichen Engagement und bei Bildungsmaßnahmen müssen überprüft werden. Altersdiskriminierung soll wirksam bekämpft werden, vor allem durch die Antidiskriminierungsstelle. Bereits heute betrifft ein Viertel aller Anfragen an die Stelle Altersdiskriminierung. Im Europäischen Rat soll die Regierung sich für die Umsetzung des Richtlinienvorschlages zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung einsetzen, der auch das Alter einschließt.

Das Ziel des lebenslangen Lernens muss durch einen nationalen Pakt für die Erwachsenenbildung vorgebracht werden. Vor allem die Bedürfnisse von sozial Schwächeren, Geringqualifizierten, Migrantinnen und Migranten, Behinderten sowie Älteren in ländlichen Regionen sollen dabei bedacht werden.

VERKEHR

Schutz vor Verkehrslärm

Verkehrslärm ist die Kehrseite unserer Mobilität – und ein gravierendes gesellschaftliches Problem. Die Menschen haben einen Anspruch auf Schutz vor Verkehrslärm. Ohne eine deutliche Reduzierung der Lärmbelastung wird sich die Akzeptanz für notwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur kaum gewährleisten lassen. Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag (17/5461) einen neuen Infrastrukturkonsens im Verkehrssektor, der einen verlässlichen und akzeptablen Schutz vor Lärm sicherstellt.

Mobilität ist ein zentraler Bestandteil unseres Alltags. Sie ist eine Grundlage von gesellschaftlicher Teilhabe und ermöglicht den Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten. Gleichzeitig ist sie die Basis von wirtschaftlichem Wachstum und sichert Arbeitsplätze. Die Kehrseite der Mobilität ist der Verkehrslärm. Für Millionen von Menschen stellt er eine alltägliche Belastung dar, die im schlimmsten Fall krank machen kann. In den nächsten Jahren wird der Verkehr in Deutschland massiv zunehmen. Damit wächst auch die Belastung durch Lärm und Abgase.

Die Menschen sind immer weniger bereit, die mit den Mobilitätsbedürfnissen einhergehenden negativen Folgen in ihrem Wohnumfeld zu akzeptieren. Auch vor diesem Hintergrund werden in Deutschland Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur immer häufiger infrage gestellt. Die SPD-Fraktion fordert daher einen neuen Infrastrukturkonsens im Verkehrssektor, der einen verlässlichen und akzeptablen Schutz der betroffenen Bevölkerung vor Lärm sicherstellt.

In ihrem Antrag fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Fülle von Maßnahmen, um Verkehrslärm deutlich zu reduzieren. So wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, ein wirksames Lärmschutzgesetz zu entwickeln, das die Lärmschutzvorschriften des Bundes harmonisiert. Außerdem soll das unter Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee 2009 erarbeitete nationale Verkehrslärmschutzpaket II zügig umgesetzt werden.

Zur Unterstützung einer raschen Einführung lärmreduzierter Verkehrsträger sind wettbewerbliche Anreize sowohl für die Schiene als auch für die Straße erforderlich. Die Lärmsanierungsmittel für den Schienenverkehr sollen erhöht und verstetigt werden. Im Straßenverkehrsbereich ist es wichtig, u. a. durch den gezielten Ausbau der Elektromobilität Verkehrslärm zu reduzieren. Die Ausgaben des Bundes für Lärmschutz an den Bundesfernstraßen müssen an den Bedarf angepasst und die Lärmschutzmaßnahmen auf ihre Effektivität geprüft werden. Im Bereich der Bundesfernstraßen muss bei der Festlegung der Höhe der Lkw-Maut der Faktor der Lärmbelastung ausreichend berücksichtigt werden.

AUSSEN

Marshallplan für den Mittelmeerraum

Die SPD-Fraktion fordert einen Neustart der deutschen und europäischen Politik gegenüber der Mittelmeerregion. Die historischen Umbrüche in Nordafrika verlangen nach einem neuen Ansatz, um die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll zu unterstützen. In einem Antrag (17/5487) schlagen die Sozialdemokraten einen Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum vor.

In mehreren Ländern der arabischen Welt demonstrieren mutige Menschen für Demokratie, Menschenrechte und eine Verbesserung ihrer sozialen Situation. Diese Bewegungen verdienen unsere aktive und nachhaltige Unterstützung.

Allerdings werfen die Umbrüche „auch ein Schlaglicht auf den unzureichenden Zustand der deutschen und der europäischen Politik gegenüber der Mittelmeerregion“, schreiben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ihrem Antrag – und fordern, diese Politik grundlegend neu zu gestalten.

Mit den Entwicklungen in der arabischen Welt besteht die große Chance, dass durch das Engagement der Menschen Demokratie und soziale Marktwirtschaft Fuß fassen. Dabei stehe das europäische Demokratie- und Sozialmodell „in einem offenen Wettbewerb mit anderen Modellen, die auch autoritär oder islamistisch ausgerichtet sein können“, so die SPD-Fraktion. Die deutsche und europäische Politik müsse sich deshalb an dem Ziel orientieren, „die Menschen in ihrer derzeit schwierigen Situation wirksam zu unterstützen und ihnen dabei ein attraktives Angebot für die Zusammenarbeit mit Europa und für die demokratische und soziale Gestaltung ihrer eigenen Heimatländer machen.“

Europäisches Sozialmodell könnte stabilisierend wirken

Die SPD-Fraktion fordert daher ein Umdenken Deutschlands und Europas. Notwendig sei ein strategischer Ansatz zur Unterstützung der Demokratisierung und des Umbau der arabischen

Staaten und Gesellschaften: ein Marshallplan für Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum.

Die SPD-Fraktion macht deutlich, dass die Europäer dabei über einen rein wirtschaftlichen Ansatz hinausgehen müssen. Außerdem darf sich ein solches Angebot nicht wie bisher in erster Linie an die politische Führung eines Landes richten, sondern muss die gesamte Gesellschaft einbeziehen. Vor diesem Hintergrund müsse gerade auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gestärkt und finanziell besser ausgestattet werden.

Zudem könnten gerade auch die Ziele und Mittel des Europäischen Sozialmodells in den Ländern des nördlichen Afrika stabilisierend wirken. Die Wünsche der demonstrierenden Menschen in vielen arabischen Ländern entsprechen in weiten Teilen dem sozialen Fortschritt, der im letzten Jahrhundert in Europa bereits erkämpft worden ist. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit der jungen Generation gehören zu den wichtigsten Ursachen der Unruhen.

Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt die Forderung von Nahost-Experten, Tausende befristete Arbeitsvisa für arabische Akademiker auszustellen. Diese könnten nach einer befristeten Beschäftigung in der EU günstige Kredite für Existenzgründungen in ihrer Heimat erhalten. Damit würde die Perspektivlosigkeit für gut ausgebildete jungen Menschen in der Region und auch der Fachkräftemangel in der EU bekämpft.

Neue Energiepartnerschaft

Notwendig ist auch eine neue Energiepartnerschaft zwischen der EU und Nordafrika. Diese Konzepte werden noch dringlicher durch die Katastrophe von Fukushima und den in Deutschland absehbaren Atomausstieg. Dezentral erzeugte Erneuerbare Energie und qualifizierte Arbeitsplätze in der Region können dort für Wirtschaftswachstum sorgen, Stromimporte in die EU zur Erreichung der ambitionierten Klimaziele beitragen.

Die Sozialdemokraten drängen die Bundesregierung und die Europäische Union zu einem Neustart in ihrer Zusammenarbeit mit den Staaten des südlichen Mittelmeers. „Die klare Botschaft muss sein, dass die EU zu einer weit über die bisherige Kooperation hinausgehende Zusammenarbeit und Öffnung gegenüber den Ländern südlich des Mittelmeers bereit ist, wenn auch die Partnerländer zu einer entsprechenden Öffnung und Vertiefung der Beziehung, zur Wahrung der Menschenrechte und demokratischen Standards, zu sozialen und marktwirtschaftlichen Reformen bereit sind.“

MENSCHENRECHTE

Nationaler Aktionsplan für Frieden und Sicherheit

Die SPD-Fraktion setzt sich für einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ein. Die Resolution fordert die politische Teilhabe von Frauen vor allem in Friedensprozessen sowie den Schutz von Frauen vor Gewalt. Ein Nationaler Aktionsplan soll die „in der Resolution beschriebenen Verpflichtungen in Deutschland umsetzen“, heißt es in dem Antrag (17/5044), den die SPD gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen eingebracht hat.

Mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ haben die Vereinten Nationen im Jahr 2000 zum ersten Mal eine völkerrechtlich verbindliche Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an der Bewältigung von gewalttätigen Konflikten und beim Friedensaufbau beschlossen. Dies war ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Friedens- und Sicherheitspolitik.

Leider wird die Resolution bis heute nur sehr schleppend umgesetzt. Auch Deutschland hat immer noch keinen nationalen Aktionsplan mit konkreten Zielvorgaben für die Umsetzung. Dabei könnte Deutschland gerade jetzt als nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates mit einem Aktionsplan deutlich machen, dass es seine Verpflichtungen aus dieser zentralen Resolution ernst nimmt. Dies würde auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands bei seinem Engagement für Kinder in bewaffneten Konflikten erhöhen. In diesem Bereich will die Bundesregierung während ihrer Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat besonders aktiv sein.

Die SPD-Fraktion hatte bereits im vergangenen Jahr einen Antrag (17/3176) zur UN-Resolution 1325 eingebracht und eine konsequentere Umsetzung durch die Bundesregierung gefordert.

FRAUEN

Girls' Day – Mehr Frauen in die Politik

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. In der Politik brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligte sich die SPD-Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr wieder am bundesweiten Girls' Day. 70 Schülerinnen aus ganz Deutschland verbrachten auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion einen Tag im Bundestag.

In einem gemeinsamen Frühstück erlebten die Mädchen den Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier. Sie begleiteten ihre Abgeordneten, besuchten das Reichstagsgebäude und nahmen an einer Bundestagssitzung teil. Außerdem standen ein Planspiel und Marktplätze für Gespräche auf dem Programm. Im Rahmen des Planspiels lernten die Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung kennen. Dabei berieten sie den fiktiven Gesetzentwurf „Wählen ab 16“. Außerdem standen SPD-Politikerinnen den Mädchen bei einem Markt der Möglichkeiten Rede und Antwort – und zeigten ihnen Wege auf, um in der Politik erfolgreich tätig zu sein.

Wie die SPD-Bundestagsfraktion öffneten am Girls' Day Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland einen Tag lang ihre Türen, um Mädchen Einblick in spannende Berufsbereiche zu ermöglichen. Hintergrund ist, dass viele Mädchen und junge Frauen sich noch immer für die sogenannten „typischen Frauenberufe“ entscheiden. Damit nehmen sie nicht alle Chancen wahr, die ihnen das Berufsleben bietet. Hier setzt der Girls' Day an. Er will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette von Möglichkeiten auszuwählen. Der Girls' Day leistet damit einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengleichheit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben.

VERKEHR | WIRTSCHAFT

Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft

Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft: Am 7. April hatte die SPD-Bundestagsfraktion nach Berlin eingeladen, um über die Chancen und Herausforderungen für diese Schlüsselbranche in Deutschland zu diskutieren und die Segel für die Zukunft zu setzen. An der Konferenz „Leitmarkt maritime Wirtschaft“, die auf Initiative der Arbeitsgruppen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude stattfand, nahmen rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Gewerkschaften, Betriebsräten, aus Behörden, Wissenschaft, Unternehmen und Politik teil.

Die einhellige Kritik der Teilnehmerinnen und Teilnehmer lautete: Die schwarz-gelbe Bundesregierung fährt in der maritimen Politik auf falschem Kurs. Die Branche, so die Forderung vom

Podium und aus dem Publikum, braucht Rückenwind für den globalen Wettbewerb. Die Bundesregierung müsse dazu beitragen, das maritime Profil zu schärfen und das hervorragende Know-how in diesem Bereich zu bündeln und zu sichern.

Die maritime Wirtschaft ist, das hat die Veranstaltung gezeigt, alles in allem einigermaßen glimpflich aus der Krise gekommen. Das Verdienst der Bundesregierung ist das nicht. Der Maritime Koordinator der Bundesregierung ist ein Totalausfall; er kümmert sich nicht um diesen wichtigen Sektor der deutschen Wirtschaft. Ganz offenkundig hat die Bundesregierung bis jetzt nicht verstanden, welche Bedeutung einer zielgenauen Förderung der maritimen Wirtschaft zukommt. Zwar behauptet sie, die maritime Wirtschaft sei weiterhin ein Schwerpunktthema für sie. Aber ihre Politik spricht eine andere Sprache. Mit der Halbierung der Förderung für die Seeschifffahrt geben Union und FDP ein völlig falsches Signal, und die Umbaupläne für die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes gefährden den Warentransport von und zu den Seehäfen.

Branche braucht politische Rückendeckung

Dabei bräuchte die Branche gerade jetzt politische Rückendeckung, damit sie auch künftig im globalen Wettbewerb ganz vorne mitfährt. Denn nach zwei stürmischen Jahren steuert die Branche langsam wieder in ruhigerem Fahrwasser. Auf den Terminals kehrt Leben ein. In diesem Jahr soll der weltweite Containerverkehr um bis zu sieben Prozent wachsen. Neue wissensintensive Aktivitäten wie die Offshore-Technik oder die Meeresforschung gewinnen an Bedeutung. Deutschland ist durch sein Engagement in der Forschung, Entwicklung und Innovation gut aufgestellt, das betonten Gewerkschafter, Betriebsräte und Unternehmer im Laufe der Konferenz gleichermaßen. Ob sparsame Antriebstechnik, alternative Energien oder IT-Lösungen für den optimierten Betrieb von Schiffen – die maritime Branche hat das Potenzial zum Innovationsmotor für die deutsche Wirtschaft.

Es gilt neue Wege aufzuzeigen, um das im Land entwickelte Know-how zu sichern und auszubauen: Die Bundesregierung muss handeln und das maritime Bündnis wiederbeleben; das Offshore-Potenzial muss besser genutzt werden, auch im Hinblick auf die riesige Nachfrage im Ausland. Auch gilt es, dass KfW-Sonderprogramm „Offshore-Windenergie“ für den Schiffbau zu öffnen und die gut funktionierende Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes zu erhalten.

Längst werden mehr als 40 Prozent des Umsatzes im maritimen Sektor in den Bundesländern fernab der Küste erwirtschaftet. Fazit der Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer: Die maritime Wirtschaft ist keine Exklusivangelegenheit der Küstenregion, sondern ein Wachstumsmotor für unsere gesamte Volkswirtschaft. Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu den umfangreichen Antrag „Flagge zeigen für die maritime Wirtschaft“ (17/5237) eingebracht.

PARLAMENT

Mehr Transparenz bei Nebeneinkommen von Abgeordneten

Die Rechtstellungskommission des Deutschen Bundestages hat mit Zustimmung aller Fraktionen höhere Stufen für die Veröffentlichung von Nebeneinkommen von Abgeordneten beschlossen. Bisher wurde auch bei sehr hohen Nebeneinkommen von Abgeordneten nur veröffentlicht, dass sie über 7.000 Euro im Monat liegen. Damit wurde aber nicht erkennbar, ob das Nebeneinkommen nun 7.000, 50.000 oder 150.000 Euro beträgt.

Künftig werden die Nebeneinkommen von Abgeordneten in 7 Stufen von 10.000 Euro bis über 150.000 Euro im Jahr veröffentlicht. Damit sind nun endlich auch hohe Nebeneinkommen erkennbar.

Die Rechtsstellungskommission zieht damit auf Initiative der SPD die Konsequenzen aus der Debatte um die zahlreichen bezahlten Reden von Guido Westerwelle. Das Mandat muss im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Abgeordneten stehen. Die Bürger haben daher Anspruch auf Transparenz über etwaige Nebeneinkommen von Abgeordneten. Das ist jetzt gesichert.

PARLAMENT

Einführung eines Ordnungsgeldes

Wenn Abgeordnete die Ordnung oder die Würde des Bundestages bei einer Sitzung in „nicht nur geringfügigem“ Maße verletzen, soll der Parlamentspräsident künftig ein Ordnungsgeld festsetzen können. Dies sieht ein Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (17/5471) vor, den die Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP gemeinsam eingebracht haben.

Aufgrund verschiedener Ordnungsstörungen in der jüngeren Vergangenheit, insbesondere durch konzertierte Aktionen mehrerer Mitglieder einer Fraktion, hat sich erwiesen, dass das bestehende System der Ordnungsmaßnahmen zu undifferenziert und wenig effektiv ist. Zum Beispiel kann bei Ordnungsstörungen durch das Hochhalten von Transparenten der so genannte Ordnungsruf wenig wirkungsvoll sein, während der Ausschluss von Sitzungen für bis zu dreißig Tage als zu undifferenziert erscheint.

Vor diesem Hintergrund schlagen die drei Fraktionen vor, oberhalb des Ordnungsrufes und unterhalb des Sitzungsausschlusses als weiteres Ordnungsmittel ein Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro, im Wiederholungsfall von 2.000 Euro, einzuführen. Ein solches Instrument hat den Vorteil, dass es einerseits als empfindliche Sanktion empfunden wird, andererseits aber nicht in die Rede- und Abstimmungsrechte der Abgeordneten eingreift, wie es beim Sitzungsausschluss der Fall ist.

Der Gesetzentwurf sieht vor, das Abgeordnetengesetz um eine Regelung zur Einführung eines Ordnungsgeldes zu ergänzen. In einem zweiten Schritt muss auf der Grundlage des geänderten Gesetzes die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages entsprechend angepasst werden.